

KLUB REPORT

Österreichische Post AG · SP 05Z036406 S · 1010 Wien
Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Landesgruppe Wien, Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt: 1010 Wien, Verlags- und Herstellungsort: Wien | Österreichische Post AG/SP 05Z036406 S

AUSGABE 04/05/2024



Die Straßen von Favoriten – Wiens Gewalt-Hot-Spot

Durch jahrelanges Wegsehen ist Favoriten zu einem Schmelztiegel verkommen, in dem Raub, Mord, Messerattacken und Vergewaltigungen auf der Tagesordnung stehen. Bürgermeister Ludwig schaut tatenlos zu und schweigt

Die teure Umgestaltung des Reumannplatzes hätte dazu führen sollen, dass die Favoritner den öffentlichen Raum zur Erholung nutzen. Doch der Plan ging nicht auf, die ambitionierte Idee ist gescheitert. Sich ein Eis vom Tichy zu holen erfordert mittlerweile so viel Mut, dass man es sich zweimal überlegt. Den Reumannplatz meidet man so gut es geht oder hofft, möglichst unbeschadet wieder weg zu kommen. Sogar die

Angestellten und Bademeister des Amalienbades haben bereits um Hilfe gerufen.

Längst hat die Realität das subjektive Sicherheitsgefühl eingeholt, wie zahlreiche Schlagzeilen seit Beginn des Jahres belegen. Allein von Jänner bis Juni gab es 19 Messerattacken in der belebten Fußgängerzone.

Während die Wiener FPÖ mehr Polizei, eine eigene Polizei-

inspektion am Reumannplatz und keine Schließung der Polizeiinspektionen in den Nachtstunden fordert, erklärt der Bürgermeister, dass man in Wien Schutzräume für Frauen braucht. Für die Wiener Freiheitlichen eine unzumutbare Aussage, die der Bürgermeister im Zuge einer Dringlichen Anfrage auf Betreiben der FPÖ bei der letzten Gemeinderatssitzung getätigt hat. Es braucht keine Betreuung der Intensivtäter, wie Ludwig das will,

Bleib auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 www.fpoe-wien.at



Zahlen des Monats

Gewaltdelikte an Schulen sind gestiegen

- **81** in Favoriten
- **77** in Floridsdorf
- **53** in der Donaustadt



StR Dominik Nepp
FPÖ Landesparteiobmann

Auflösung der ÖIGG

Wer in Österreich die Lehrerin zum Kopftuch tragen zwingt, darf nicht länger offiziell anerkannt sein! Wenn wir solchen Strömungen nachgeben, dann werden wir über kurz oder lang unsere Identität komplett verlieren. Nach der erstinstanzlichen Verurteilung der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGÖ), die eine Religionslehrerin zum Kopftuch tragen gezwungen hat, fordere ich die Auflösung dieser Stelle. Die islamistischen Tendenzen der IGGÖ sind nicht mehr zu leugnen. Immer wieder fallen deren Repräsentanten auf, indem sie Ansichten des radikalen Islam propagieren und ihre Religion über die geltenden Gesetze stellen. Diese Vorgangsweise ist nicht länger zu tolerieren. Allerdings schockiert es mich auch, dass die mutige Lehrerin von der SPÖ nicht unterstützt, sondern sogar diskriminiert wurde. Ausgerechnet jene Partei die immer vorgibt, die Rechte von Frauen zu vertreten, tritt diese mit Füßen, in dem sie einer Religionslehrerin, die kein Kopftuch tragen möchte, eine feste Anstellung verwehrt.

sondern der Opfer. Die Intensivtäter gehören umgehend abgeschoben – diesbezüglich Druck auf Innenminister Karner ausüben, ist die einzig sinnvolle Herangehensweise, um das Problem der explodierenden Ausländerkriminalität zu lösen.

Doch Bürgermeister Ludwig schweigt beharrlich zu den unzähligen Vorfällen in Favoriten. Zur über Monate gehenden Massengewalt eines 12-jähriges Mädchens durch mehrheitlich Syrer, zu dem Jordanier, der einen Polizisten beinahe absticht und dieser wahrscheinlich nur aufgrund seiner Schutzweste überlebt hat.

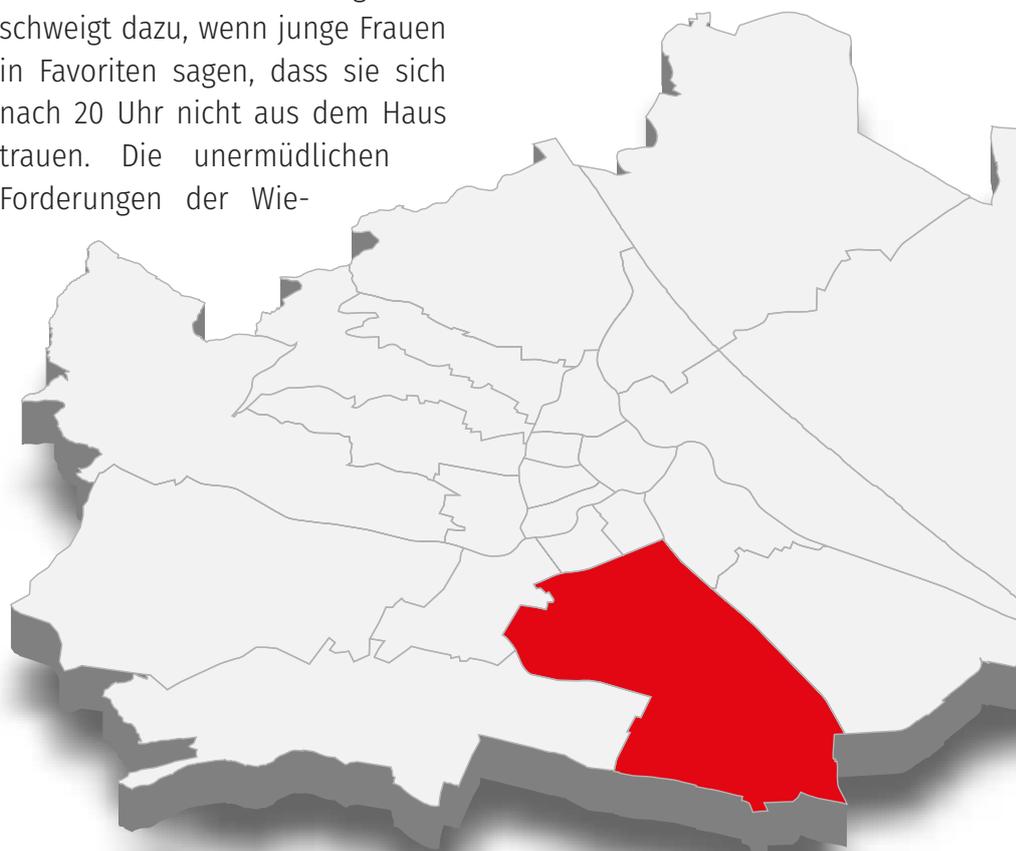
Er schweigt dazu, wenn sich tagtäglich in Favoriten Afghanen, Syrer und Tschetschenen bekriegen. Er schweigt dazu, wenn junge Frauen in Favoriten sagen, dass sie sich nach 20 Uhr nicht aus dem Haus trauen. Die unermüdlichen Forderungen der Wie-

ner FPÖ nach sinnvollen Lösungen wurden letztendlich auch von Innenminister Karner nachvollzogen.

So wurde angekündigt, die PI am Keplerplatz nicht zu schließen – wie von der FPÖ aufgedeckt –, sondern nun sogar auszubauen.

Die Verlegung der Polizeiinspektion in die Fußgängerzone des Keplerplatzes verbessert nicht nur die Erreichbarkeit, sondern auch die Präsenz der Polizei im Bezirk. Dennoch ist dies nur der Anfang, denn die Sicherheitslage in Favoriten bleibt weiter angespannt. Nach den zahlreichen Messerattacken ist klar:

Es muss mehr getan werden. Höchste Zeit, dass dies auch SPÖ-Bürgermeister Ludwig erkennt.



Haus	Tat. Betten	Gesperrte Betten	Freie Betten (Belagstag)
AKH Wien	1.386	321	229
Klinik Favoriten	639	142	111
Klinik Hietzing	764	222	205
Klinik Landstraße	606	61	198
Klinik Floridsdorf	679	69	104
Klinik Ottakring	750	253	182
Klinik Donaustadt	761	205	127
Klinik Penzing	299	50	73

So hoch ist die Zahl der gesperrten Spitalsbetten

Lange Wartezeiten auf Operationstermine sind in Wien mittlerweile trauriger Standard.

Doch die aktuelle Zahl der gesperrten Betten, die SPÖ-Stadtrat Hacker in einer schriftlichen Anfrage der FPÖ bekannt gegeben hat, lässt

erahnen, dass die Situation noch weit dramatischer und die Patientenversorgung in Wien nicht mehr gewährleistet ist. Diese Zahlen belegen, dass das Gesundheitssystem kurz vor dem Kollaps steht und Maßnahmen viel zu spät und in zu geringem Ausmaß gesetzt wurden.

Kinderschutz geht uns alle an!

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Sensibilisierung in Bezug auf Sexualstraftaten immer noch Defizite aufweist, weshalb weitere präventive Maßnahmen zu ergreifen sind.

Die Förderrichtlinie für private elementare Bildungseinrichtungen soll dahingehend angepasst werden, dass Personen, die in der Sexualstraftäterdatei registriert sind und wegen Tatbeständen wie Kindesmissbrauch, Besitz von Kinderpornografie, gewerblicher Handel



mit kinderpornografischem Material oder Missbrauch eines Autoritätsverhältnisses verurteilt wurden, von Förderungen ausgeschlossen sind.

Dieser Ausschluss dient dem Schutz von Kindern und Jugendlichen und gewährleistet, dass öffentliche Gelder nicht in Einrichtungen fließen, die Personen beschäftigen, die durch ihre Nähe zu Kindern und Jugendlichen eine Gefahr darstellen. Wir sind es unseren Kindern schuldig, jede erdenkliche Maßnahme zu ihrem Schutz zu ergreifen!

Kriminelle Syrer und Afghanen müssen Österreich verlassen

Nachdem sich der deutsche Kanzler Olaf Scholz (SPD) dafür ausgesprochen hat, schwere Straftäter auch nach Afghanistan und Syrien abzuschicken, zieht nun auch die Schwesterpartei SPÖ nach. Klubobmann Philip Kucher sagte gegenüber der ZiB 2, die SPÖ unterstütze diesen Vorstoß, denn wer Mord und Terrorismus bejubelt, ist in Wahrheit kein Schutzsuchender. Es brauche hier „ganz klare Konsequenzen des Rechtsstaats, beginnend mit hohen Haftstrafen bis hin zu Abschiebungen“, so Kucher weiter. Aus diesem Grund haben wir in der vergangenen Sitzung einen Antrag eingebracht, dass die Stadt Wien ebenfalls Abschiebungen von kriminellen Syrern und Afghanen von der Bundesregierung fordert. Bürgermeister Ludwig und seine Genossen haben hier allerdings die SPÖ-Bundeslinie verlassen und machen, indem sie gegen den Antrag gestimmt haben, syrischen und afghanischen Kriminellen weiter die Mauer. Ein Schlag ins Gesicht aller Wiener Opfer.

Maximilian Krauss

FPÖ Klubobmann



Das Ende der Demokratie?

Nur drei Monate vor der Nationalratswahl zeigt die schwarz-grüne Bundesregierung ihr hässliches Gesicht. Die grüne Klimaministerin Gewessler treibt ihre Klientelpolitik auf die Spitze und agiert dafür sogar verfassungswidrig.

Die Wiener FPÖ hat deshalb einen Antrag eingebracht, mittels dem beschlossen werden sollte, dass der Wiener Gemeinderat Bundeskanzler Nehammer auffordert, dem

Bundespräsidenten den Vorschlag zu machen, Gewessler umgehend aufgrund von verfassungswidrigem Verhalten zu entlassen.

Da die ÖVP wegen der Zustimmung von Leonore Gewessler zum EU-Renaturierungsgesetz nicht nur eine Nichtigkeitsklage beim Europäischen Gerichtshof einbringen will, sondern die Regierungskollegin nun

auch wegen Amtsmissbrauchs angezeigt, hätte die FPÖ eigentlich mit einer Zustimmung der Mahrer-ÖVP gerechnet. Doch die türkisen Abgeordneten sind einmal mehr im Liegen umgefallen.



SPÖ treibt Wiener Schulden weiter in die Höhe

Der Rechnungsabschluss 2023 hat einmal mehr gezeigt, dass ein verantwortungsvolles Wirtschaften in der Stadt Wien nicht stattfindet. So beträgt der Schuldenstand der Stadt Wien aktuell über 12 Milliarden Euro. Rechnet man die Schulden sämtlicher Beteiligungen der



Stadt sowie die der ausgelagerten Betriebe noch hinzu, dann erhöht sich dieser Berg auf 16,5 Milliarden Euro.

Damit ist nun in Zahlen gegossen, dass Wien Europameister im Geldausgeben ist, das sie nicht hat. Denn Jahr für Jahr wird mehr Geld verpulvert, als die Stadt einnimmt und das, obwohl es kaum zu nennenswerten Neu-Investitionen kommt, lediglich in den Erhalt der bestehenden Infrastruktur wird investiert. Die Wiener FPÖ hat im

Zuge der Rechnungsabschluss-Debatte eine Reform der Mindestsicherung sowie des Förderwesens gefordert, wodurch wenigstens 1 Milliarde Euro eingespart werden könnte. Zudem müssen Finanzstadtrat Hacker und Bürgermeister Ludwig endlich einen konsequenten und transparenten Sanierungsplan präsentieren, damit die Schulden wieder reduziert werden.

